

## **Energiewende – Zwischenbilanz und Ausblick Statement von Thomas L. Kemmerich**

Die Nutzung von Energie gehört zu den wichtigsten Säulen des Wohlstands unserer Gesellschaft. Entscheidend sind eine gesunde Mischung heimischer, importierter und erneuerbarer Energieträger und eine grundsätzliche Ausrichtung der Energiepolitik an den Zielen der Wirtschaftlichkeit, Versorgungssicherheit und Umweltverträglichkeit. Doch die jüngere Entwicklung zeigt, dass die Erreichbarkeit dieser Ziele durch den subventionsfinanzierten Ausbau erneuerbarer Energieträger und planwirtschaftliche Eingriffe in den Energiemarkt nicht gelingen kann. Seit Jahren steigende Strompreise belasten Wirtschaft und private Haushalte gleichermaßen. Zudem leidet die Versorgungssicherheit unter dem immer größeren Einfluss der Wind- und Sonnenenergie, die wetterbedingt nicht jederzeit zur Verfügung steht.

Seit dem Jahr 2000 haben sich die Strompreise für Verbraucher nahezu verdoppelt. Aufgrund der steigenden EEG-Umlage, der Stromsteuer und der auf beides zusätzlich erhobenen Mehrwertsteuer kommen die seit 15 einigen Jahren wieder sinkenden Großhandelspreise bei den Stromkunden nicht an. Milliarden schwere Investitionen in den Netzausbau werden die Kostenspirale in den kommenden Jahren weiter nach oben treiben. Um den Wirtschaftsstandort Deutschland vor größerem Schaden zu bewahren, werden Teile der energieintensiven Industrie von der Umlage entlastet. Obwohl diese Entlastungen dem Erhalt der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Industrie dienen, Wertschöpfung in Deutschland halten und dadurch Arbeitsplätze sichern, sorgen sie für eine von der Bevölkerung als ungerecht empfundene Verteilung der Kosten der Energiewende. Selbst bei einer Rücknahme der Entlastungen würden die höheren Energiekosten letztlich über höhere Preise wieder beim Verbraucher landen. Abhilfe schafft also nur eine Verhinderung des Kostenanstiegs insgesamt.

Das Ziel der Umweltverträglichkeit der deutschen Energiewende wird ebenfalls verfehlt. Die CO<sub>2</sub>-Emissionen wurden nicht zurückgeführt. Seit Jahren steigen die Treibhausgasemissionen sogar wieder an, weil wegen der nicht gleichmäßig zur Verfügung stehenden Energie aus erneuerbaren Energieträgern und der wegfallenden Atomenergie die Versorgungssicherheit mit fossilen Kraftstoffen gesichert werden muss. Diese sichern in Brandenburg und Nordrhein-Westfalen tausende Arbeitsplätze, die durch die derzeit unkoordiniert wirkenden Äußerungen aus der Bundesregierung zusätzlich gefährdet werden. An diesen Defiziten werden auch die jüngsten Reformen der Bundesregierung nichts ändern können. Hierbei handelt es sich bestenfalls um Kostenkosmetik. Mit einer vorrübergehenden

Stabilisierung der EEG-Umlage oder der Aussicht auf ein langsames Wachstum ist es nicht getan. Die ambitionierten Ausbauziele müssen auch in Zukunft teuer erkaufte werden. Selbst wenn die Steigerung der EEG-Umlage gebremst werden könnte, wird die Last des Netzausbaus und zusätzlicher konventioneller Kraftwerkskapazitäten zur Sicherung der Versorgungssicherheit in den kommenden Jahren immer kräftiger zu spüren sein. Die Grundlage einer mittelstandsfreundlichen Energiepolitik ist die Orientierung an den Interessen der privaten und gewerblichen Energieverbraucher, die eine preiswerte, sichere und umweltschonende Energieversorgung erwarten. Das erfordert eine Rückbesinnung auf marktwirtschaftlichen Wettbewerb. Die Politik sollte lediglich die unbedingt notwendigen Rahmenbedingungen festsetzen, damit der Missbrauch von Marktmacht verhindert und effektiver Umweltschutz praktiziert wird. Für Planwirtschaft und Innovationslenkung ist kein Platz in einer zukunftsorientierten Energiepolitik.

Allein im Wettbewerb um die kostengünstigsten und umweltfreundlichsten Technologien lassen sich die Bedürfnisse der Stromverbraucher erfüllen. Nur eine effiziente Energiewirtschaft vermag sowohl die Konsequenzen des von der Mehrheit der Bürger gewollten Ausstiegs aus der Kernenergie zu kompensieren als auch die Herausforderungen der europäischen Klimapolitik zu meistern. Fortschritte bei technischen Entwicklungen müssen laufend in die Überlegungen zur Energiepolitik einbezogen werden, sofern sich solche Technologien als wirtschaftlich tragfähig erweisen.

Die 1. Forderung des Mittelstands ist daher Abschaffung des EEG und Senkung der Stromsteuer. Erneuerbare Energien haben auf dem deutschen Strommarkt einen Anteil von über 25 Prozent. Damit hat das EEG sein Ziel, die Markteinführung erneuerbarer Energien, längst erreicht. Es ist allerhöchste Zeit, sie in den Wettbewerb zu entlassen und das EEG abzuschaffen. Nicht Gesetze sollten zukünftig darüber entscheiden, mit welchem Energieträger und welcher Technologie zur Energieversorgung beigetragen wird. Das Tempo beim Zubau der erneuerbaren Energien muss dem Ausbaustand der Übertragungs- und Verteilnetze in einem zusammenwachsenden europäischen Energiebinnenmarkt sowie der Entwicklung von Speicher- und Steuerungstechniken angepasst werden. Neue Kapazitäten dürfen nicht automatisch Investitionen auf Kosten Dritter nach sich ziehen oder als gegeben voraussetzen. Eine Senkung der Stromsteuer würde diesen Entlastungseffekt noch verstärken und die Bereitschaft der energieintensiven Wirtschaft für Investitionen in Deutschland wieder steigern.

Zudem sollte die Energiewende ein gesamteuropäisches Projekt sein. Das Erreichen der europäischen Klimaschutzziele erfordert die Vollendung des transeuropäischen Netzausbaus und der Liberalisierung des Energiebinnenmarktes. Deshalb muss die deutsche Energiepolitik in eine gesamteuropäische Energiepolitik eingebunden werden. Am Ende der Entwicklung muss ein unverfälschter Wettbewerb im europäischen Binnenmarkt stehen, in dem Energie dort erzeugt wird, wo dies am effizientesten ist.

Effiziente Energienutzung liegt im wirtschaftlichen Interesse jedes Unternehmens und jedes Bürgers. Die Energieträgerpreise sind der wesentliche Anreiz zum sparsamen Energieeinsatz und zu Investitionen in Energieeffizienz. Welche Investitionen wirtschaftlich sind, kann nur vor Ort beurteilt werden. Dies können am besten private Haushalte, Gewerbe und Industrie, die auch alle Risiken tragen. Energieeffizienz ist auch ein Beitrag zur Schonung wertvoller Ressourcen, zur Erreichung strategischer Ziele (weniger Energieimporte) und zur Emissionsminderung. Für die Politik darf Energieeffizienz jedoch kein Selbstzweck sein. Effizienzmaßnahmen müssen wirtschaftlich sein. Auch für die Umwelt wird der größte positive Effekt erzielt, wenn die wirtschaftlichsten Energieeffizienzinvestitionen zuerst durchgeführt werden. Das setzt staatlichen Eingriffen zur Effizienzsteigerung klare Grenzen. Mit kaum koordinierten Vorschriften und Gesetzen auf unterschiedlichsten Spezialgebieten versucht die Bundesregierung, die letzten Prozente an Effizienzsteigerungen zu erzwingen, um international als Vorreiter zu gelten. Solche überzogenen Vorschriften halten aber Hausbesitzer und Unternehmer letztlich oft sogar von sinnvollen Teilmaßnahmen ab und schaffen neue Bürokratie und ungerechtfertigte Belastungen. Die Energieeinsparverordnung (EnEV), die dringend überarbeitet werden muss, ist darauf ausgerichtet, technisch mögliche Maßnahmen vorzuschreiben, was besonders bei Bestandsbauten zu untragbaren Belastungen führen kann.

Für den Mittelstand fordern wir dagegen: Private Haushalte, Immobilienbesitzer und Unternehmen müssen in ihren Entscheidungen über Investitionen in Energieeffizienz frei bleiben. Eine qualifizierte Beratung z.B. durch freiwillige Kommunikationsnetze, wie von der Industrie angedacht, kann dafür hilfreich sein und Einsparungspotentiale deutlicher machen. Ein überwiegend staatlich finanzierter Sektor für Beratungsdienstleistungen ist jedoch ebenso wenig eine dauerhafte Lösung, wie subventionierte Märkte für Handwerker und Industrie. Staatliche regulative Maßnahmen zur Erhöhung der Energieeffizienz sind kein Ersatz für marktkonforme Steuerungsinstrumente wie bspw. einen funktionierenden Emissionshandel.

Für Rückfragen wenden Sie sich bitte an:

Thomas L. Kemmerich, Bundesvorsitzender

**Tel.: 0172 – 31 000 90**

Mail: [thomasl.kemmerich@gmail.com](mailto:thomasl.kemmerich@gmail.com)

---

Liberaler Mittelstand e.V. – Bundesvereinigung

Büro Thomas L. Kemmerich

Marbacher Gasse 35 - 37 · 99084 Erfurt